

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung

Herausgeber: Pro Senectute Schweiz

Band: 74 (1996)

Heft: 10

Rubrik: Ihre Seiten : unausgeglichen Finanzausgleich

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Uunausgeglicher Finanzausgleich

Wo es ums Geld geht, kocht die Volksseele über. So herrscht viel Empörung über Reiche, die sich mit den Ärmern nicht solidarisch zeigen, auf Pfründe und Zustuf nicht verzichten wollen und wacker Steuerhinterziehung betreiben. Bei der Auswahl haben wir vor allem jene Zuschriften berücksichtigt, die nebst der Wut auf wirkliche (oder auch nur vermeintliche) Ungerechtigkeiten und der Unzufriedenheit zum Beispiel über (angeblich) zu viele Ausländer auch konkrete Sparüberlegungen machen.

Doppelt bestraft

Als Neuabonnentin habe ich sehr interessiert das Thema über den «Sozialstaat Schweiz» gelesen und mir dazu einige Spargedanken gemacht:

1. Alle nicht voll ausgelasteten Spitäler schliessen, denn bei den heutigen kurzen Spitalaufenthalten werden viele Betten nicht benötigt.
2. Militärausgaben massiv kürzen.
3. Keine Steuergeschenke an Reiche und die Vermögenssteuer beibehalten.
4. Keine Gelder für die Beseitigung von Altlast- und Umweltsünden, dafür vorher bessere Kontrollen.
5. Rentenkürzungen für alt Bundesräte und alt Bundesrätinnen.
6. Eine Unzahl von vielen Nebenämtern in der Regierung und bei den Justizbehörden abschaffen.
7. Als frühere Arztsekretärin habe ich mir oft Gedanken über manche Rehabilitationsaufenthalte und IV-Zahlungen gemacht, die mir nicht immer richtig oder oft zu früh bezahlt erschienen sind. Wenn darüber ein Ärzte-Fachgremium direkt befinden würde, gäbe es sicher bald weniger IV-Renten.
8. Straffällige Ausländer sollte man

nicht mehr in den Gefängnissen behalten, sondern sofort ausweisen.

Ich bin dagegen, an den Lehrerlöhnen zu sparen. Kinder sind unser kostbarstes Gut und jene, denen sie anvertraut sind, sollen recht verdienen. Dafür könnten viele Regierungs- und Nationalräte bestimmt auf einige Lohnprozente verzichten.

Während vielen Jahren arbeitete ich als Lehrerin in einem einer Diakonie angeschlossenen Töchterinstitut – zum entsprechend niedrigen Lohn. Dafür bin ich heute doppelt bestraft: einerseits mit der AHV-Minimalrente, anderseits mit dem Wegfall der Ergänzungsleistungen und einem massiven Abbau der Altersbeihilfen.

Ursula Dennler, Zumikon

Verursacher zur Kasse beten

Manchmal denke ich, dass die Strassenbaukosten für ein paar Autobahn- oder Umfahrungskilometer überrissen sind. Von der Luftverschmutzung durch den Autoverkehr und den vielen Leiden, die die Verkehrsunfälle mit sich bringen, noch ganz abgesehen. Da sollten auch die Verursacher zur Kasse gebeten werden. Auch könnten viele Leute, die nach dem Krieg Bundessubventionen für ihre Häuser erhalten haben, davon heute etwas zurückbezahlen.

Frau T. in Linthal

Auf keinen Fall bei der AHV

Auf keinen Fall darf man bei den Altersbeihilfen und bei den Ergänzungsleistungen sparen. Wie bei der Krankenkasse besteht auch hier die grosse Gefahr, dass die Kantone die Bundesbeiträge nicht voll beanspruchen, um ihre Finanzen zu schonen. Und wenn gewisse Politiker meinen, dass in Zukunft die AHV nur noch nach Bedürftigkeit ausbezahlt werden soll, obwohl alle Bürger daran ihre Beiträge geleistet haben, so ist das ein Raubzug auf den Mittelstand. Dafür kann man sich fragen, warum der Bund Direktzahlungen an die Landwirtschaft leistet, ohne alle Einkommensverhältnisse der Empfänger zu berücksichtigen? Und im Gegen-

satz zur AHV werden diese Subventionen hundertprozentig vom Bund finanziert. Da könnte man sicher einige sparen, ganz im Sinne der Bundesverfassung, in der nichts von Partikularinteressen, dafür sehr viel von allgemeiner Wohlfahrt und Gemeinwohl drin steht.

Walter Fuhrer-Gubler, Hinwil

Steuerschlupflöcher stopfen

Neben dem Sparen könnte man auch die Einnahmen vergrössern. Seit mehr als einem Jahr kämpfe ich dafür, die Steuerschlupflöcher zu stopfen. Unternehmungen dürfen ja sogar «Schmiergelder», die niemand kontrollieren kann, absetzen, und ganz schlimm steht es um die Liegenschaftensteuer, wo mit den Pauschalabzügen riesige Summen verlorengehen.

Elsa Schilter, Zürich

Bei sich selbst beginnen

Der Bundesrat sollte zuerst bei sich selber mit dem Sparen beginnen, danach all die National-, Gross-, Regierungs- und Gemeinderäte, welche viel Geld aus unseren Steuergeldern erhalten. Viele Räte haben das nicht nötig, aber nur wenige verzichten darauf. Und viele ehemalige Bundes- und andere Räte erhalten immer noch viel aus den Steuergeldern, das sie nicht nötig haben, weil sie meistens Doppelverdiener sind. Dafür wird den kleinverdienenden Rentnern noch mehr abgezwackt!

A.-M. K. in Sursee

Weniger Geld ins Ausland

Der Bundesrat sollte weniger Geld ins Ausland schicken, denn auch in der Schweiz haben wir arme Leute. Ich kenne solche, die sich kaum das Halbtax-Abonnement leisten können.

Hedi Zürcher-Bolliger, Frutigen

Keine AHV für Reiche

Ich bin der Meinung, dass man von einem versteuerbaren Einkommen von 80000 Franken an keine AHV mehr bekommen soll. Aber leider gibt es sogar

Millionäre, die gar kein Einkommen versteuern, und kein Steuerbeamter wird ob dem feudalen Lebensstil mit Villa, teurem Auto und Partys stutzig. Doch die Vergünstigungen für alte Leute sind beizubehalten, damit sich die ganz vielen, die nur ganz wenig Geld haben, hie und da auch einmal etwas gönnen können. «Ausweise für Arme» aber finde ich diskriminierend.

Erna Zust, Tazacorte, Isla La Palma (E)

Beim Militär sparen

Am einfachsten liessen sich bei der Armee Einsparungen vornehmen und kontrollieren. Dann sollte man den Reichen keine Steuererleichterungen gewähren und keine AHV mehr an Millionäre auszahlen.

Trudy Urech-Meyer, Unterägeri

Aids-Hilfe muss wegfallen

Millioneneinsparungen müsste man bei der Aids-Hilfe machen, denn Aids ist eine weltweite Strafe Gottes für die heutige unsittliche Menschheit, die die Welt zugrunde richtet!

Othmar Sprecher, Zürich

Eine andere Lüge

Franz Steinegger spricht von der «Lüge vom Sozialabbau», doch der FDP-Präsident sollte mittlerweile wissen, dass es Kantone gibt, die die Bundessubventionen für die Krankenkassen zurück behalten. Doch er erwartet, dass bei einer Kantonalisierung, wie sie der Finanzausgleich vorsieht, die Kantone plötzlich mit einem ganz ehrlichen sozialen Gewissen damit umgehen würden. Ob die Lüge hier nicht von woanders herkommt?

Werner Kriesi-Engeler, Dietikon

«Zu viele Ausländer ...»

Wir haben zu viele Ausländer im Land, die alle unser Sozialwesen schröpfen. Scharenweise laufen sie aufs Sozialamt, leider selten ein Schweizer Bürger. Das Sozialamt zahlt einer Asylantenfamilie 5000 bis 6000 Franken für den Lebensunterhalt. Das gleiche mit dem Arbeitslosengeld: Nach ein paar Tagen oder Wochen Arbeit verlassen die Ausländer ihre Stelle und gehen stempeln. Und

viele laufen an Stöcken, sobald sie ein Restaurant betreten, um die IV zu bekommen, doch nachher werfen sie die Stöcke wieder weg. So werden unsere Kassen ausgeplündert: den Ausländern wirft man das Geld fast nach, wir Schweizer Bürger müssen aber fast am Boden kriechen, bis auch wir etwas erhalten ...

P.B., Basel

Anmerkung der Redaktion: Sozial- und Arbeitsämter sowie die Invalidenversicherung entscheiden in der ganzen Schweiz nach Vorschriften und Gesetzen, die für alle gleichermassen gültig sind, egal, ob es sich um Menschen handelt, die das Schweizer Bürgerrecht besitzen oder nicht.

Europakonformer Benzinprix

Mit dem Sparen ist es so eine Sache: Ist es sinnvoll oder nur Augenwischerei? Schliesslich ist jeder gesparte Franken ein Lohnfranken. Wir sparen somit einen Franken Arbeitslohn, um nachher 80 Rappen Arbeitslosenunterstützung auszuzahlen. Dazu kommt noch die gesundheitlich-psychische Belastung der Betroffenen, also oft noch höhere medizinische Kosten. Dafür sollten aber Volk und Parlament endlich den Mut und die Opferbereitschaft aufbringen, um den Bundeshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Im Klartext: Es geht nicht ohne Mehreinnahmen. Wir müssen darum 1. die Bundesschulden abzahlen, dann sparen wir 500 Millionen Zinsgelder, und 2. die Neat bauen, um viele neue Arbeitsplätze zu schaffen. Doch woher die vielen Batzen nehmen? Im Vergleich mit unseren Nachbarländern ist bei uns das Benzin immer noch sehr viel billiger. Mit einem europakonformen Benzinprix würden wir sehr viel mehr Geld einnehmen, und es wäre gerechter als die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die alle, also auch die Ärmsten, trifft – und würde sich erst noch günstig auf die Umwelt auswirken. Ob wir uns das wirklich nicht leisten können?

Alice und Felix Bauer, Zürich

Lotto-Zehner

Jedem bundesrätlichen Sparvorschlag wird fast mit einem Aufstand begegnet. Doch vielleicht gäbe es außer der Tabaksteuer noch eine weitere Mehrein-

nahmequelle: Wenn jeder Lottospieler zum Beispiel pro zwei Franken Einsatz zehn Rappen Steuern abliefern würde, ergäbe das auch schon einen Batzen. Ich gehe davon aus, dass Menschen, die Geld fürs Lotto übrig haben, sicher noch 5% Steuern verschmerzen können. Auch ich wäre als regelmässige Lottospielerin sofort dazu bereit, wenn es darum geht, unseren Kindern die zukünftige AHV zu finanzieren.

Frau Angelika Dittli-Steiner, Menziken

AHV-Verzicht für Millionäre

Wie lange können wir uns noch den Luxus leisten, unsere Grosskapitalisten immer reicher zu machen? Schon von ihrem früheren Lohnniveau beziehen diese ja eine ganz namhafte Rente. Dazu kommen oft lukrative Verwaltungsratsitze. Trotzdem nehmen sie alle den AHV-Zustuf dankbar entgegen. Auf der anderen Seite stehen aber die vielen Rentner, für die die AHV die einzige Einnahmequelle ist. Ihre Krankenkasenprämien können sie kaum mehr bezahlen. Doch all das ist gesetzeskonform, und um das zu ändern, müssten durch Volksabstimmungen ganz neue Gesetze geschaffen werden. Bis dann wird nur ein ganz kleiner Teil der gutbetuchten Millionärs-Rentner freiwillig auf die AHV-Rente verzichten ...

Gottlieb Zaugg, Interlaken

Luxussteuern erheben

Wieviel Geld käme wohl in die Staatskassen, wenn hinterzogene Steuergelder der Reichen abgeführt würden? Daneben kommt sich das «Fussvolk», das sein ganzes Leben lang ehrlich seine Steuern anhand des Lohnausweises bezahlt hat, verschaukelt vor, und es sind genau diese Ehrlichen und wenig Verdienenden, die jetzt auch noch von Lohn- und später als Rentner von Renten- und Sozialabbaukürzungen betroffen werden. Doch warum führt man keine Luxussteuern für Champagner, Kaviar, Pelze, Schmuck usw. ein? Diese würde doch wirklich nur jene Schichten treffen, die sich all das auch wirklich leisten können. Schliesslich müssten wir während den Krisenjahren ja sogar für gewöhnliche Toilettenseife eine «Luxussteuer» zahlen ...

Heidi Lauper, Uster